

Deutschland-Stuttgart: Bodenbelagsarbeiten
OJ S 169/2023 04/09/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Bauleistung

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Stuttgart - DLZ
Nationale Identifikationsnummer: 3571_EU_180723
Postanschrift: Hauptstätter Str. 66
Ort: Stuttgart
NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis
Postleitzahl: 70178
Land: Deutschland
E-Mail: DLZ1.HBA@stuttgart.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.vergabe.stuttgart.de/>
Adresse des Beschafferprofils: <https://www.vergabe.stuttgart.de/>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Bodenbelagsarbeiten 1. BA
Referenznummer der Bekanntmachung: 3571_EU_180723

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45432130 Bodenbelagsarbeiten

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

- 1.970 m2 Untergrund reinigen
- 2.090 m2 Voranstrich
- 43 Stck Türschwellen anspachteln
- 1.814 m2 Linoleum 2mm
- 234 m2 Linoleum ableitend
- 27 m2 Kautschuk ableitend
- 34 m2 Kautschuk nicht ableitend

- 623 m Sockelleiste Holz
- 66 m Sockelleiste Aluminium
- 1.200 m Ver fugungen
- zur Eignung Nachweis Eintrag im Gewerbeverzeichnis als Bodenleger, Anlage B, Liste 2, Nr. 3, der Handwerksordnung.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

s. II 1.4

II.2.5. Zuschlagskriterien

Preis

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

zu Ziffer II 2.10:

Es sind keine Nebenangebote zugelassen, jedoch mehrere Hauptangebote. Allerdings müssen diese bei Angebotseinreichung mittels Begleitschreiben klar zuschlagsfähig sein - soll heißen, es muss hinreichend und eindeutig erläutert sein, worin sich die Hauptangebote außer dem Preis unterscheiden.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 110-340773](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: nein

V.1. Information über die Nichtvergabe

Der Auftrag/Das Los wird nicht vergeben

Es sind keine Angebote oder Teilnahmeanträge eingegangen oder es wurden alle abgelehnt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich in elektronischer Form auf der Vergabepattform zum Download bereitgestellt.

Die Angebote können entweder elektronisch in Textform oder elektronisch mit fortgeschrittener oder qualifizierter Signatur abgegeben werden.

Die Vergabeunterlagen sind unter www.meinauftrag.rib.de kostenfrei erhältlich.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden Württemberg Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Bieter erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB), aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbare Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung bzw. zur Angebotsabgabe beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB) oder soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem nach Zuschlagserteilung unzulässig (§ 168 Abs. 2 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post, unabhängig davon, ob die Fristen gem. § 160 Abs. 3 GWB abgelaufen sind (§ 134 Abs. 2 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden Württemberg Regierungspräsidium Karlsruhe

Ort: Karlsruhe

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

30/08/2023

